

Pressemitteilung

Berlin, 08.07.2015

Juncker knickt wieder ein und die EZB finanziert weiter

*Trotz der Realitätsverweigerung der Griechen gibt das Brüsseler Kartell
Griechenland weiter Kredit*

Nachdem die griechischen Anleger auf Kosten des Eurosystems ihre Bankguthaben monatelang in Sicherheit bringen konnten, ist weder in Brüssel noch in Frankfurt eine realistische Einschätzung des Athener Spiels eingetreten. Statt zu warten bis sich die Situation in Griechenland so zuspitzt, dass die Bevölkerung die Folgen der von ihr mehrheitlich gewollten oder zumindest tolerierten Politik selbst tragen muss, kommt der selbsternannte Obereuropäer *Jean-Claude Juncker* den alt-neuen Machthabern aus Athen entgegen. Auch die Eurogruppe verhandelt so, als sei nichts gewesen und empfängt den neuen griechischen Finanzminister mit allen Ehren, obwohl dieser nicht einmal sagt, worüber verhandelt werden soll.

Währenddessen windet sich die Europäische Zentralbank: Sie, Bankenaufsicht und geldpolitischer Manager der Eurozone zugleich, weiß, dass die griechischen Banken keinen Heller mehr wert sind. Daher müsste sie nach eigenen Richtlinien jedwede Notfallkredite stoppen. Zumindest hat sie der Forderung nach einer Erhöhung der Notfallkredite widerstanden und die Anforderungen an die Sicherheiten erhöht. Doch dies ist nur ein theatralisches Scharmützel. Denn die EZB würde sich - ähnlich wie der deutsche Finanzminister im Parlament - für den Fall der Wertberichtigung griechischer Anleiheforderungen jedenfalls vor seinen Gesellschaftern, den nationalen Zentralbanken, rechtfertigen müssen. Die Reputation der EZB wäre angesichts des unikatigen Vorgangs ein für alle Mal beschädigt. Denn Zentralbanken stehen im Ruf, niemals Wertberichtigungen in Milliardenhöhe vornehmen zu müssen.

EuropolIS

Gott sei Dank sind da noch die Nordosteuropäer wie Estland und Litauen, die - abgesehen von Irland und Portugal - gezeigt haben, wie man eine Volkswirtschaft saniert. Sie sind die Mutbürger Europas und ihre Repräsentanten ermutigen die lauwarmen deutschen Systempolitiker, endlich Flagge zu zeigen und den Griechen den Weg zum Ausgang zu weisen. Mehr denn je hängt das Schicksal der Eurozone und die Stabilität Europas von den durch die Pariser Machthaber viel geschmähten kleinen Staaten Nordosteuropas ab.

Pressekontakt:

Europolis e.V.

Hackescher Markt 4

10178 Berlin - Germany

sek@office.mck.de

0049-(0)30 84314136